

Ludwigshafen: Vorwürfe gegen Hausbesitzer



Die Brandkatastrophe von Ludwigshafen gerät allmählich aus dem Fokus des öffentlichen Interesses. Eine gute Zeit, um an unauffälliger Stelle Informationen herauszulassen, die vermutlich lange bekannt sind, aber den Sturm der deutschfeindlichen Empörung empfindlich gebremst hätten. Betroffene Mieter des Unglückshauses erheben schwere Vorwürfe gegen den türkischen Hausbesitzer und machen ihn indirekt für zahlreiche Todesopfer verantwortlich.

Der [Stern meldet](#):

Mitglieder der Familie der Hausbesitzer hätten nach der Renovierung ihrer eigenen Wohnung zentnerschweres Baumaterial auf dem Dachboden gelagert. Aufgrund des Gewichts hätten sich die Decken der Zimmer darunter über Monate hinweg mehrere Zentimeter abgesenkt. Während des Feuers waren diese Decken eingebrochen: Zementsäcke, Ziegelsteine und mehrere alte Türen stürzten hinab. Für die Familie Kaplan, die in der Wohnung darunter wohnte, war somit der Fluchtweg abgeschnitten.

Der ehemalige Eingang zur Kaplan-Wohnung war verlegt und durch eine brüchige Gipswand ersetzt worden. Rauch und Feuer konnten so schnell in das Zimmer eindringen, in dem die Familie Schutz gesucht hatte.

Die Familie hatte sich bei den Hausbesitzern mehrfach über den Zustand der Wohnung beschwert, eine Reaktion sei jedoch

ausgeblieben. Immer wieder soll es Streit zwischen den Bewohnern auch wegen erhöhter Stromrechnungen gegeben haben. Man habe sich gegenseitig beschuldigt, vom Nachbarn Strom abgezapft zu haben, sagt eines der Brandopfer. In der linken Haushälfte sollen drei Wohnungen an nur einem Stromzähler angeschlossen gewesen sein.

Am Tag des Brandes hätten aufgrund der vielen Besucher bis zu sieben Kinderwagen im Treppenhaus gleich neben der Kellertür gestanden – unweit des vermuteten Brandherdes im Keller. Dort sollen vor einiger Zeit noch Verwandte der Hausbewohner gehaust und bis zuletzt Möbel gelagert haben.

(Spürnase: Andi Front)



Obamas Zusammenarbeit mit Terroristen



Laut [WorldNetDaily](#) saß Barack Hussein Obama zusammen mit dem geständigen linksextremen Terroristen Bill Ayers (Foto) im Direktorium des Woods Fund. Unter Barack Hussein Obama erhielt das Arab American Action Network (AAAN)

insgesamt 75.000 \$ aus der Kasse des Woods Fund, was jeweils ca. 20% des AAAN-Budgets ausmachte.

Das AAAN widmet sich vorwiegend der Verbreitung anti-israelischer und antisemitischer Propaganda, der Förderung arabischer Immigranten im Großraum Chicago und der Bekämpfung wirksamer Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Einwanderung.

Rashid Khalidi, Mitgründer des AAAN, arbeitete für die PLO, als diese noch auf der Liste terroristischer Organisationen des US-Außenministeriums figurierte.

Barack Hussein Obamas Direktoriums-Kollege Bill Ayers ließ sich am 11. September 2001 in der *New York Times* wie folgt zitieren: „Es tut mir nicht leid, dass ich Bomben gelegt habe. Ich denke, dass wir nicht genug getan haben.“

Ayers' Kinder heißen [laut Wikipedia](#) Zayd und Malik, was eine Konversion zum Islam nahelegt. Sowohl Bill Ayers als auch Rashid Khalidi unterstützen Barack Hussein Obama finanziell. Rashid Khalidi hat sogar eine Spendensammel-Veranstaltung durchgeführt.

Erst vor kurzem enthüllte [WND](#), dass Robert Malley, Barack Hussein Obamas wichtigster außenpolitischer Berater, sich wiederholt öffentlich für Verhandlungen mit und internationale Unterstützung für die „palästinensische“ Terrorgruppe Hamas ausgesprochen hat. Es erstaunt daher nicht, dass Barack Hussein Obama in der israelischen Öffentlichkeit überaus kritisch gesehen wird.

Im selben Artikel erfährt der geneigte Leser, dass Jeremiah Wright Jr., Barack Hussein Obamas spiritueller Berater und Oberhaupt der Trinity United Church of Christ, vor kurzem Louis Farrakhan einen Preis für sein Lebenswerk überreicht hat (Farrakhan ist Anführer der Nation of Islam, die offen zum Rassismus gegen Weiße und Juden aufruft).

Im Gegenzug hat sich Farrakhan am Sonntag [offiziell](#) auf die

Seite von Barack Hussein Obama gestellt.

(Gastbeitrag von M. Frei)



Türkei: Minderheiten massiv unterdrückt



Die bei seinem Deutschlandbesuch ausschließlich auf Türkisch gehaltene, viel beklatschte [Rede](#) des von linken und grünen Gutmenschen hofierten Ministerpräsidenten der Türkei, Erdogan, beinhaltete unter anderem folgende Aussagen: „Das türkische Volk ist ein Volk der Freundschaft und Toleranz.“ „Wo es hingehet, bringt es nur Liebe und Freude.“ „Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Hören wir, was die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ dazu [zu sagen](#) hat:

In keinem anderen europäischen Land werden Sprachen und

Kulturen der Minderheiten im Namen der dominierenden Staatsnation so massiv unterdrückt und verfolgt, wie in der Heimat des türkischen Ministerpräsidenten.

(Spürnase: Thomas B.)



Hamas - Kinderprogramm wirbt für Märtyrertod



Die Wiederauflage des Karikaturenstreits hat jetzt auch das für seine Hetze berühmte Kinderfernsehen der Terrorgruppe Hamas erreicht. In einer Sendung mit einem Hasen namens Assud werden Kinder aufgefordert, zu Selbstmordattentätern zu werden und den dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard zu ermorden. [Die Presse](#) berichtet, [MemriTV](#) zeigt das Video.

(Spürnasen: Thomas H., Jürgen, Tobias)

Phoenix 18 Uhr: „Offensiv gegen Jugendgewalt“

„Handys ‚abziehen‘, Geld erpressen, Prügel und Einschüchterungen am hellichten Tag – auf dem Schulweg, in der U-Bahn, in Parks. Viele 10- bis 16-Jährige wechseln die Straßenseite oder ergreifen blitzschnell die Flucht, wenn sie sich plötzlich einer Gruppe orientalistisch wirkender Jugendlicher gegenüber sehen.“ Eine [Reportage](#) mit Roman Reusch.

Brutale Übergriffe gegen Polizisten zeigen zudem: Die Gewaltbereitschaft nimmt zu und macht selbst vor der Staatsgewalt nicht Halt. Autorin Margarethe Steinhausen ist eine Woche mit einer Spezialeinheit der Polizei gegen Jugendgruppengewalt unterwegs. Die Polizisten hören zu, bieten Hilfe an, aber sie greifen auch knallhart durch.

Hier ein Ausschnitt der Sendung (gleich am Anfang spricht Roman Reusch):

(Spürnase: Jörg H.)



HR entschuldigt sich für Hessenschau-Bericht



Am 21. Februar [berichteten wir](#) über die Sendung „Hessenschau“, in der während einer Reportage zum Hausbrand mehrfach unter großzügiger Vorwegnahme des Ermittlungsergebnisses vom „Anschlag in Ludwigshafen“ die Rede war. Einen Tag später [löschte](#) der Sender den Beitrag von seiner Homepage. Jetzt entschuldigt sich Redaktionsleiter Jörg Rheinländer (Foto) für den „ärgerlichen Fehler“ von Reporter Jochen Schmidt.

Foto: hr

„Weder er noch die Redaktion haben wissentlich versucht, Tatsachen zu verfälschen“, so der Hessenschau-Chef in seiner Email an die fehlinformierten Zuschauer, während er gleichzeitig wieder emsig die Tatsachen verfälscht. Dass nämlich Jochen Schmidt ein „Fehler unterlaufen“ sei, über den er „sich selbst am meisten“ ärgere, ist angesichts der mehrfachen Wiederholung ungefähr so glaubwürdig, als wenn ein Mordopfer dem Täter mehrfach ins Messer gefallen ist. Vielmehr muss man vom vorsätzlichen Versuch ausgehen, das Publikum der Hessenschau zu täuschen – so wie es im öffentlich-rechtlichen Fernsehen tagein tagaus passiert.

Entsprechend empört schrieb vor einer Woche ein PI-Leser an die Hessenschau:

Ich finde es skandalös, dass Sie Reportern wie Jochen Schmidt und Barbara Müller-Geskes eine Plattform bieten, um ihre Ideologie zu verbreiten.

In ihrem Beitrag zum Brandanschlag in Dautphetal haben die beiden wiederholt von einem "Brandanschlag in Ludwigshafen" gesprochen. Dies suggeriert dem Seher, dass in Ludwigshafen ebenfalls ein Brandanschlag verübt wurde.

Durch die Wiederholung dieses Ausdrucks liegt der Verdacht nahe, dass diese Leute das bewusst machen, um die Öffentlichkeit zu manipulieren.

Mit journalistischer Arbeit haben solche Beiträge nichts zu tun, es handelt sich schon eher um Propaganda. Eine Suspendierung sollte das mindeste sein, was der HR tun kann, um seinem Ruf als unabhängige Medienanstalt gerecht zu werden.

Und erhielt heute – wie viele andere PI-Leser auch – folgendes standardisiertes Antwortschreiben zurück:

Sehr geehrter Herr xxx,

vielen Dank für Ihre mail zur hessenschau vom 20.2.08. Ihre Kritik ist absolut berechtigt. Im Zusammenhang mit dem Brand von Ludwigshafen von einem Anschlag zu sprechen, ist ein gravierender Fehler. Dies haben wir auch in unseren internen Redaktionssitzungen genau so beurteilt.

Der Reporter Jochen Schmidt ärgert sich selbst am meisten darüber, dass ihm dieser Fehler unterlaufen ist. Weder er noch die Redaktion haben wissentlich versucht, Tatsachen zu verfälschen.

Das macht das Ergebnis leider nicht besser. Ich hoffe, dass Sie als hessenschau-Zuschauer aber wissen, dass das erste Anliegen unserer Sendung ist, jeden Tag wieder so objektiv wie möglich zu berichten. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns

auch weiter als kritischer Zuschauer treu bleiben würden.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Rheinländer

Redaktionsleiter hessenschau

Hessischer Rundfunk

hessenschau@hr-online.de

Tel. 069 / 155-2490

Fax. 069 / 155-3761

Für HR3-Reporter [Jochen Schmidt](#) bleibt die ganze Angelegenheit wohl folgenlos. Und so darf er beim nächsten Hessenschau-Bericht wieder fleißig Tatsachen verdrehen und die ihn dafür bezahlenden HR3-Zuschauer in die Irre führen. Natürlich völlig unwissentlich...



**Auch Hitler begann mit Hass
auf die Juden...**



Israel ist der

einzigste Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, dem offen mit Zerstörung gedroht wird – nicht nur als Staat sondern als Land der Juden. Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad, der niemals eine Gelegenheit auslässt, Hass gegen die Juden zu säen, ist eifrig damit beschäftigt, Unterstützung für die Vernichtung Israels zu organisieren, mit Bemerkungen wie „Israel ist ein ausgetrockneter, verrotteter Baum, der in einem einzigen Sturm ausgetilgt werden kann“, „Der Countdown für die Zerstörung Israels hat begonnen“ und „Es ist sehr zweifelhaft, ob der Holocaust stattgefunden hat, und wenn, warum sollte der Nahe Osten den Preis dafür bezahlen?“

Von Yoel Marcus (Haaretz, 26.02.08)

Der Präsident des Iran hat einen Mund wie eine Jauchegrube. Sogar der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat gesagt, er sei von den Worten Ahmadinejads schockiert. Er ist also schockiert. Doch wie kommt es dann, dass weder er noch der Sicherheitsrat die Worte verurteilt haben?

Die Welt hat vergessen oder niemals begriffen, dass auch Hitler mit Hass auf die Juden begann, im Fahrwasser dieses Hasses an die Macht gelangte und einen Weltkrieg über uns brachte, der auf vier Kontinenten Zig Millionen Menschen den Tod brachte. Wie einem gewieften Verkäufer in einem persischen Basar ist es Ahmadinejad gelungen, die Institutionen der Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergiebehörde dahingehend zu betrügen, dass sie glauben, die atomare Forschung des Iran diene nur friedlichen Zwecken und nicht dem Bau einer Bombe. Er hat die Hilfe von Südafrika, Indonesien,

Vietnam, Libyen und anderen Liebhabern Israels herangezogen, um sich selbst vor Sanktionen zu schützen. Wenn zum Beispiel China und Russland im Sicherheitsrat nicht gegen den Iran stimmen, wird dieser am Ende unbefleckt und ungestraft dastehen.

Noch schlimmer ist es, dass der Iran Unterstützung von vermeintlich respektablen Ländern und angesehenen Firmen innerhalb der Völkerfamilie bekommt, um die Materialien, die er für Atombomben und Raketen benötigt, zu erhalten. Hin und wieder kann der Präsident nicht widerstehen, diese Langstreckenraketen, die atomare Sprengköpfe tragen können, bei Militärparaden zu zeigen, so dass jeder sehen kann, was Sache ist.

Die Tatsache, dass die Reaktoren, Zentrifugen, Anlagen zur Urananreicherung und andere nukleare Einrichtungen unterirdisch an verschiedenen Orten verteilt sind, beweist, dass der Iran etwas aus Israels Bombardierung des irakischen Atomreaktors im Jahr 1981 gelernt hat. Wir sind ganz oben auf der Liste des Iran, nicht nur als Ziel sondern auch als Bedrohung und als Hindernis.

Mehr als einmal wurden geheime Gesandte geschickt, um Israel zu versichern, dass Ahmadinejad nicht allmächtig sei. Ja, er sei der Präsident, doch seine religiösen Führer – die wirklichen Herrscher des Iran – würden Ahmadinejads Hände abhacken, bevor sie ihn in die Nähe des Startknopfes ließen.

Nach Meinung von Prof. Itamar Rabinovitch, einem früheren Botschafter Israels in den Vereinigten Staaten, hat Israel Grund zur Sorge. Nicht nur, weil der Präsident des Iran offen nach Israels Zerstörung trachtet, sondern auch weil er seinen Hass überall unter islamischen Fundamentalisten weiter verbreitet. Rabinovitch zufolge hat Israel nicht allzu viele Optionen in Bezug auf den Umgang mit den Drohungen des iranischen Präsidenten: Es könnte eine Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag einreichen. Der Fall

könnte sich jedoch so viele Jahre in die Länge ziehen, dass Ahmadinejad bereits im Altersheim wäre, wenn es schließlich zu einem Beschluss käme. Israel könnte auch fordern, dass der Sicherheitsrat eine Verurteilung ausspricht oder dazu aufruft, das Atomprogramm des Iran mit Gewalt zu stoppen. Das Problem ist, dass Israel in einem Forum wie dem Sicherheitsrat Gefahr läuft zu verlieren.

Eine weitere Möglichkeit für Israel wäre, die Parlamentarier der Europäischen Union dazu zu bringen, ihre Regierungen davon zu überzeugen, den Verkauf von Material, das für den Bau der Bombe benötigt wird, an den Iran zu stoppen. Doch das wichtigste ist es, dem amerikanischen Kongress die Gefahren verständlich zu machen, die über seinen zurechnungsfähigen Alliierten in der Region schweben. Auf Grund dessen, was wir in diesen Tagen hören, wird der nächste amerikanische Präsident nicht so freundschaftlich gegenüber Israel sein wie George W. Bush, und er wird sich auch nicht so sehr im Krieg gegen den extremistischen Islam engagieren wie er.

Von verschiedener Seite wird Israel versichert, die Drohungen, es zu vernichten, seien nur Gerede. Dies ist jedoch nicht die Meinung von Prof. Bernard Lewis, der dazu rät, die iranischen Drohungen sehr ernst zu nehmen, da es innerhalb der Shia eine apokalyptische Strömung gibt, die sich dazu aufmachen könnte, die Ankunft ihres Messias Imam al-Mahdi zu beschleunigen. Es ist kein Zufall, dass auch Hassan Nasrallah die Zerstörung Israels auf der Basis dieser messianischen Überzeugung prophezeit.

Selbst wenn Ahmadinejad die Bombe nicht benutzen würde – wenn sie in seiner Hand wäre -, besteht kein Zweifel, dass diese Drohung, die über unseren Köpfen schwebt, Gefahr läuft, das ganze Konzept von Israel als dem einzigen sicheren Hafen für das jüdische Volk zu unterminieren. Unter diesen Umständen ist es wichtig für Israel, die kollektive Bestrafung der Bevölkerung im Gazastreifen zu vermeiden, aufgrund derer es die internationale Unterstützung für seine Anstrengungen, das

iranische Atomprogramm zu stoppen, verlieren könnte.

Ohne die Stärke der israelischen Luftwaffe und ihrer exzellenten Piloten zu missachten, darf Israel hier doch nicht im Alleingang handeln. Zu seiner Selbstverteidigung benötigt es die Kooperation, die Zustimmung und die Unterstützung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union.

(Quelle: Newsletter der Botschaft des Staates Israel)

Solingen: Türken wollen ins Zentrum



Wo immer Türken in eine deutsche Stadt kommen, so scheint es, soll eine repräsentative Großmoschee in zentraler Lage sie daran erinnern, dass die türkische Religionsbehörde auch im fernen Deutschland beansprucht, ihr Leben zu bestimmen. In Solingen ließ der verärgerte Großwesir die Dhimmis antreten, weil es mit der behördlichen Genehmigung nicht schnell genug geht. Ein Ausweichangebot für geeignete Räumlichkeiten kommt nicht in Frage. „Wir wollen ins Zentrum!“

Die [Rheinische Post](#) berichtet:

Als Vorsitzender der türkischen Ditib-Gemeinde in Wald ist

Ayhan Ünsal ein religiöser Mensch. Und wie alle, die an die Ewigkeit glauben, pflegt er ein gelassenes Verhältnis zur Zeit. Eine Verschiebung des islamischen Freitagsgebets von 13 Uhr auf den Nachmittag? Für Ünsal kein Problem. „Im Sommer können wir auf eine spätere Stunde ausweichen“, versucht er die Bedenken all jener zu zerstreuen, die befürchten, nach einem Umzug der Gemeinde in die Ortsmitte könnten sich Muslime und Wochenmarktbesucher auf den wenigen vorhandenen Parkplätzen in die Quere kommen. Doch bei einem anderen Termin ist es mit der Gelassenheit vorbei. „Uns läuft die Zeit davon“, erklärt Ünsal – und wirft einen bangen Blick auf den Kalender.

Gerade mal 200 Mitglieder hat die anspruchsvolle DITIB-Gemeinde. Trotzdem braucht der Umzug anscheinend fast ein Jahr Vorbereitungszeit. Schließlich will man in der neuen Moschee auch Jugendarbeit machen. Das klingt gut, bedeutet in der Praxis allerdings, den Koran auf arabisch auswendig zu lernen. Natürlich nach Geschlechtern getrennt und schon kleine Mädchen unter dem Kopftuch. So ist es jedenfalls in anderen DITIB-Moscheen üblich. Einen anderen angebotenen Treffpunkt haben muslimische Jugendliche nicht angenommen.

*Die Verwaltung ist, so Erster Beigeordneter Hartmut Hoferichter, damit beschäftigt, Unterlagen zusammenzustellen. „Die brauchen wir“, stellt Walds CDU-Chefin Rita Pickardt klar. Vor allem in ihrer Partei waren Bedenken wegen fehlender Parkplätze geäußert worden. Ünsal hält solche Einwände zwar für vorgeschoben, glaubt aber, sie entkräften zu können: Im Hof des Hauses sei genug Raum für Stellplätze. Ditib drängt darum auf eine zügige Entscheidung. **Aber wie immer diese ausfallen wird – eine Variante kommt für die Muslime nicht in Frage.** Neulich hatte SPD-Vorsitzender Dr. Hans-Joachim Müller-Stöver gegenüber unserer Zeitung angeregt, Ditib könne doch in den Roten Esel übersiedeln. Für Ayhan Ünsal keine Alternative: „Wir wollen auf jeden Fall ins Zentrum.“ (Hervorhebung durch PI)*

In einem muss man dem Herrn von der DITIB Recht geben: Der Einwand mit den Parkplätzen ist vorgeschoben. Denn das Problem sind nicht die Parkplätze, sondern der Islam. Der Bevölkerung ist das bewusst. Und überall, wo Moscheen gegen den Willen der Bürger entstehen sollen, wird das Argument der Parkplätze von den willigen Politikern als Popanz vorgeschoben, um der Wählerschaft einen Hauch von Widerstand vorzugaukeln. Denn das künstlich erfundene Parkplatzproblem lässt sich meist mit einfachen Maßnahmen beheben. Und damit ist der Weg zur Genehmigung frei. Das Problem des Islam aber bleibt und wird mit jeder Moschee größer.



Heitmeyer informiert: eine BMI-„Fachkonferenz“



Morgen, am 27. Februar, dürften die [Flagellanten](#) und Deutschenhasser wieder voll auf ihre Kosten kommen: Das Bundesinnenministerium und die [Herbert-Quandt-Stiftung](#) veranstalten in Berlin eine „Fachkonferenz“ zum Thema „Das Islambild in Deutschland: Alte Stereotype, neue Feindbilder?“. Deutsche Zaungäste, die per „persönlicher“

Einladung des Herrn Schäuble nach Berlin reisen, sollten nicht vergessen, ihr Büberhemd einzupacken, [Phoenix](#) überträgt einen Teil der Konferenz ab Viertel vor drei.

Erster Referent: [Wilhelm Heitmeyer](#). Der Bielefelder „Konfliktforscher“, der den Deutschen „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ unterstellt, darf den Grundtenor vorgeben, die Herren Bekir Alboga, Kai Hafez, Aiman Mazyek usw. werden gerne folgen. Die einzigen Widerredner unter 23 „Panel“-Teilnehmern dürften Günther Lachmann von der *Welt* und Kristina Köhler, MdB-CDU, sein, bei Günther Latsch vom *Spiegel* weiß man es nicht so genau. Reinhard Baumgarten, beim *SWR* für das „Islamische Wort“ zuständig, soll, erzählt man sich in Rundfunkkreisen, nach seiner Heirat mit einer Muslimin zum Islam konvertiert sein. Wie Baumgarten über den Islam informiert, kann man [in diesem SWR-Chat](#) nachlesen, danach garantiert der Islam, öffentlich-rechtlich verbreitet, Religionsfreiheit.

Die Kriterien, anhand derer der Eröffnungsdredner Heitmeyer das Merkmal „Islamophobie“ herausgefiltert hat, können [in seinem Fragebogen](#) studiert werden.

Wenn einer also die Frage bejaht, dass „die Mehrheit der Muslime ... große Distanz zur restlichen Bevölkerung“ hält, ist er schon „islamophob“. Kenner der Szene behaupten, die Berliner Podiumsteilnehmer seien in ihrer grotesken Einseitigkeit von der Quandt-Stiftung bestimmt worden. Wie die Quandt-Stiftung motiviert ist, sich als Oberflagellant zu gebärden, kann man nur vermuten, auch, wie sie in diesem Fall imstande war, das BMI zu beeinflussen. Bisher hat sie sich vor allem durch politisch korrekten „Trialog“-Blödsinn und Antirassismus-Initiativen an Schulen hervorgetan (sie schwimmt im Geld).

Vor sechs Jahre hatte sie den Gießener Politologen Claus Leggewie beauftragt, ein Handbuch für den möglichst konfliktfreien Moscheebau auszuarbeiten. [„Der Weg zur Moschee](#)

– Eine Handreichung für die Praxis“ heißt das detaillierte Werk mit Unterabteilungen wie „Was die Presse beachten muss“. Die „Bauherren“ der dritten Frankfurt-Hausener Moschee (pakistanisch-türkische Schiiten) haben das Werk nach eigener Auskunft erfolgreich ausgewertet.

Auf deutscher Seite morgen in Berlin auch mit von der Partie: Heiner Bielefeldt, Philosoph, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Islamverstehender und –schönredner. Bei der Auftaktveranstaltung der „Christlich-Muslimischen Friedensinitiative“ am 19. Februar in Berlin, auch von Phoenix übertragen, sagte Bielefeldt, es mache ihn mittlerweile „rasend“, wenn jemand frage, ob „Islam und Demokratie überhaupt kompatibel“ seien:

„Das ist eine Frage, die in der Abstraktheit, in der sie gestellt wird, richtig gefährlich ist.“

Warum, hat er nicht weiter erläutert.

Beachtenswert ist aber vor allem, wie sich das ZDF in der Islam-Frage positioniert: Alle vier Berliner „Panels“ werden von Vertretern öffentlich-rechtlicher Sender moderiert, drei davon von ZDF-Leuten: Hülya Özkan ist ZDF-Moderatorin und Ehefrau von ZDF-Programmdirektor Thomas Bellut, Peter Frey ist Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, wo auch die Auftaktveranstaltung des „Christlich-Muslimischen“ Dingsda stattfand, und: Nachrichtenmoderator Steffen Seibert. Und dann ist da noch Bahar Güngör, Leiter des Türkischen Programms der Deutschen Welle.

Das ZDF ist, was bisher leider nicht beachtet wurde, prominent bei dieser „Christlich-Muslimischen Friedensinitiative“ vertreten, macht also, könnte man vereinfachend sagen, gemeine Sache mit DITIB, dem deutschen Ableger der türkischen Religionsbehörde Dyanet. Initiator der „Christlich-Muslimischen Friedensinitiative“ ist Ruprecht Polenz, MdB-CDU und zugleich Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats. Zu den

„prominenten“ Unterstützern gehören ZDF-Intendant Markus Schächter, besagte Hülya Özkan und Steffen Seibert. Weitere Unterstützer sind der Deutsche Städtetag, vertreten durch sechs Oberbürgermeister, darunter Kölns „Türken“-Fritz Schramma und Frankfurts Dhimmi-OB Petra Roth.

Petra Roth, voll informiert, sagte bei der Auftaktveranstaltung über Frankfurt-Hausen, wo eine dritte Moschee gebaut werden soll:

„In dem Stadtteil Hausen ist es so, dass es dort schon eine Moschee gibt und eine russisch-orthodoxe Kirche, christliche, katholische und protestantische, und Religionsgemeinschaften, und dieses Nichtdafürsein lag nach meiner Kenntnis daran, dass man den Islam als Glaubensausrichtung nicht sehr gut kennt. Dass man aber durch die Medien instrumentalisiert seit 2001 ist, dass Moslems, dass Arabien, dass Terroristen, dass das alles eins ist.“

Das Bundesinnenministerium hatte letzten Herbst die Studie „Muslime in Deutschland“ vorgelegt, 500 Seiten, mit zum Teil „besorgniserregenden Ergebnissen“, wie Wolfgang Schäuble damals sagte. Spielt aber, nimmt man diese „Fachkonferenz“, überhaupt keine Rolle. Studie in Auftrag gegeben, bezahlt, vorgelegt, danach ein bisschen aufregt und vergessen.

» wolfgang.schaeuble@bundestag.de

Christenmord in Deutschland?



Eine schier unglaubliche Geschichte berichtete gestern die Bildzeitung. Sollten sich die Informationen bewahrheiten, dann sind erstmals in Deutschland drei orthodoxe Christen, weil sie sichtbar ein Kreuz trugen, aus religiösem Hass von Muslimen ermordet worden. Das jedenfalls behauptet ein Somalier, der an der Tat beteiligt gewesen sein will. Andere Zeitungen, wie die [Frankfurter Rundschau](#), berichten ebenfalls über das Verschwinden der drei georgischen Christen, ohne allerdings den Verdacht auf ein islamisches Hassverbrechen zu erwähnen.

BILD berichtet:

Die drei Vermissten sollen mit fünf Muslimen, von denen einige verumumt waren, wegen ihrer Kreuze in Streit geraten sein. Die drei Georgier seien als „Christenschweine“ beschimpft worden. Zwei hätten sich auf den Boden legen müssen. Sie seien erschossen worden. Den dritten Georgier hätten die verumumten Muslime zu einem Imam verschleppt, um ihn, so die Aussage des tatverdächtigen Zeugen, zu „schächten“.

Tatsache ist: Der vierte Georgier, der bei der angeblichen Bluttat nicht dabei war, hat seine Landsleute Ende Januar bei der Polizei als vermisst gemeldet.

In dem Ford und am mutmaßlichen Tatort fand die Polizei Blutspuren. Auf der Suche nach möglichen Leichen haben Polizeitaucher in der vorletzten Woche den Jochimsee bei

Heppenheim abgesucht. Leichenspürhunde haben am Seeufer angeschlagen.

Bis gestern gab es von den drei vermissten Männern aus Georgien noch immer keine Spur.

Ein Ermittler zu BILD: „Wenn sich der Verdacht bestätigt, dann mussten in Deutschland zum ersten Mal Menschen sterben, weil sie sich als Christen bekannten.“

Die vier Georgier hielten sich in Deutschland auf, um KFZ-Geschäfte zu tätigen.



Moslems wünschen islamgerechte Unis



In Australien haben muslimische Studenten, vorwiegend aus Saudi Arabien, einige Wünsche zur Verbesserung der von ihnen bereicherten Universitäten. Insbesondere sollen die Stundenpläne den Gebetszeiten angepasst werden. Außerdem

wäre es nett, größere Gebetsräume zu haben und durch strikte Geschlechterapartheid in Mensen und Freizeiteinrichtungen vor dem Anblick weiblicher Komillitonen bewahrt zu werden. Die Universitäten zögern noch, den Wünschen Folge zu leisten.

Wie [The Australian](#) berichtet, sind muslimische Studenten an mehreren Universitäten in Melbourne mit entsprechenden Wünschen an die Universitätsleitungen herangetreten. Zumindest eine Hochschulleitung, die der La Trobe University, hat bereits reagiert und die Kapazitäten für Gebetsräume verdoppelt. Man möchte den Bedürfnissen der Moslems entgegenkommen, hieß es von der Universitätsleitung. Eine Anpassung der Stundnpläne an die wechselnden Gebetszeiten sei aber nicht geplant. Dies wäre nicht muslimischen Studenten nicht zuzumuten. Außerdem sei die Universität eine säkulare Einrichtung.

Auch muslimische Funktionäre in Australien halten das Ansinnen (noch?) für übertrieben. Es gäbe im Koran keine Vorschrift für die geforderte strikte Geschlechtertrennung. Auch was die Gebetszeiten beträfe, wäre eine gewisse Variabilität gegeben. Mit Ausnahme allerdings des Freitagsgebetes. Da wäre es schon angebracht, etwas Rücksicht zu nehmen. Auf die Muslime, versteht sich.

(Spürnase: Hugenotte)



Das Kind kann ich nicht den ganzen Tag ertragen!



Als Beweis für etwas wirklich Gutes im untergegangenen deutschen Arbeiter- und Bauernstaat wird gerne die erstklassige Ganztagskinderbetreuung ab Säuglingsalter zur optimalen Selbstverwirklichung der Frau angeführt.

Da die Linken bis weit in die bürgerliche Parteienlandschaft hinein auch bei uns gerne die flächendeckende Zwangskollektivierung von Kindern einführen möchten und jeden niederschreien, der irgendwie dagegen spricht (jüngstes Beispiel ist der [Fall Böhmer](#)), weisen wir auf ein Ende letzten Jahres in der *Weltwoche* [erschienenenes Interview](#) hin. Dort berichtet eine Frau über ihre Erfahrungen als Kind in DDR-Betreuungsparadies und die Folgen auf die Einstellung zum eigenen Kind auf die Erwachsenen von heute.

»Welt: [Hat Böhmer Recht mit seiner Babymord-These?](#)